

Zwei Aspiranten für den SPD-Vorsitz

Die Münchner SPD wird einen neuen Vorsitzenden bekommen, denn Claudia Tausend tritt nicht mehr an. Um ihre Nachfolge bewerben sich gleich zwei Stadträte: Christian Vorländer und Christian Köning. Der Parteitag soll am 22. Januar stattfinden – vorausgesetzt, Corona lässt dies zu.



Christian Vorländer ist Fraktionsvize der SPD.



Christian Köning sitzt für die SPD im Stadtrat.



Claudia Tausend gibt den SPD-Vorsitz auf. (S, J, M)

VON SASCHA KAROWSKI

1000 Vorstandssitzungen in 20 Jahren, davon sieben als Vorsitzende – aber jetzt ist Schluss: Münchens SPD-Chefin Claudia Tausend steht für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. „Ich halte das für richtig“, sagt sie. „Es wird einen ganz großen Umbruch geben.“ Denn nicht nur sie tritt beim Parteitag am 22. Januar nicht mehr an, auch SPD-Vize Florian von Brunn verzichtet auf eine neuerliche Kandidatur. Er ist mittlerweile Landesvorsitzender.

Für Tausends Nachfolge gibt es derzeit gleich zwei Bewerber, Fraktionsvize Christian Vorländer und Stadtrat Christian Köning. Es sei an der Zeit für eine Erneuerung, sagt Tausend. „Gut zwei Drittel der 43 Ortsvorsitzenden sind nun zwischen 28 und 45 Jahre alt“, sagt die 57-Jährige. Der Prozess der Neuausrichtung habe an der Basis längst begonnen, den Weg an der Spitze will Tausend nun freimachen.

Die Bundestagsabgeordnete ist seit 1990 Mitglied der SPD. Im Parteivorstand war sie als Beisitzerin aktiv, von 2007 an stellvertretende Vorsitzende und seit 2014 Chefin. Dem Stadtrat gehörte sie von 1996 bis 2013 an, seit-

dem sitzt sie im Bundestag, zuletzt zog sie 2021 wieder in das Parlament ein.

Wahlen sind auch ein gutes Stichwort, bis 2026 stehen vier für die Münchner Sozialdemokraten relevante Urnengänge an: die Landtagswahl im kommenden Jahr, die

Europawahl 2024, die Bundestagswahl 2025 und die für den Stadtrat 2026. „Wir müssen uns vorbereiten“, sagt Tausend. Es gelte nun, einen Vorstand zu finden, der dann auch in zwei Jahren das Team für den Münchner Kommunalwahlkampf bildet, einen OB-Kandidaten aufstellt und die Genossen längerfristig führt. Ein Vorstand, der auch die Partei nach Corona wieder einsammele. „Da geht es uns wie vielen Vereinen auch, nur Videokonferenzen sind für das soziale Leben nicht gut.“

Genossen, die sich all das zutrauen, sind mit Vorländer (48) und Köning (33) schon gefunden. Für den Stellvertreterposten von Florian von Brunn wird derzeit Stadträtin Lena Odell ein Interesse nachgesagt. Für das Amt des zwischenzeitlich zurückgetretenen Partei-Vize Roland Fischer soll sich Beisitzer Anno Dietz begeistern können. Die weiteren Stellvertreter, Bürgermeisterin Verena Diel, Stadträtin Micky Wennigatz, Schriftführerin Gesche Hoffmann-Weiss und Schatzmeister Gerhard Mayer, wollen erneut antreten, auch auf den Posten der Beisitzer ist Fluktuation zu erwarten. Die Kandidaten sollen sich in Runden am 11. und 18. Januar vorstellen.

Dabei ist offen, ob der Parteitag stattfindet. „Wenn das mit Omikron so weitergeht, weiß ich nicht, ob wir das so durchziehen können“, sagt Tausend, Mitarbeiter müssten schließlich dennoch vor Ort sein. Fest steht jedoch, egal wer ihr Nachfolger wird: Er wird mindestens ein gewichtiges Wort mitreden über die OB-Kandidatur für das Jahr 2026. Denn dann ist auch für Rathaus-Chef Dieter Reiter Schluss.

Neuer Anlauf für Secondhand

Das Kaufhaus Weißer Rabe hat gestern in Forstenried eröffnet

Der Weiße Rabe hat ein neues Nest – in einer ehemaligen Polizeistation: Dort, wo früher die Polizeiinspektion Forstenried war, gibt es ab jetzt günstige Möbel, Bücher, Spiele, Elektrogeräte, Kleider und vieles mehr zu kaufen. Am gestrigen Montag wurde an der Drygalski-Allee 33e die Eröffnung des Gebrauchtwarenkaufhauses gefeiert.

Der Weiße Rabe ist eines der größten Integrations- und Beschäftigungsunternehmen in Bayern. Hier bekommen Menschen eine Chance auf einen Arbeitsplatz, für die es sonst schwierig ist, einen Job zu finden. An dem Standort in Obersendling arbeiten rund 45 Beschäftigte, darunter auch Personen mit Unterstützungsbedarf, die zum Beispiel lange arbeitslos waren oder erkrankt sind. „Wichtig für die Menschen ist, dass sie eine Tagesstruktur haben

und einer Tätigkeit nachgehen“, sagt die stellvertretende Betriebsleiterin Stephanie Hong-Fichtinger. „Es geht auch um soziale Teilhabe.“

Olaf Paproth ist glücklich über seinen Job beim Weißen Raben. „Ich bin gerne hier in der Firma“, sagt er. „Die Kollegen und Chefs sind in Ordnung, es passt alles.“ Er ist seit rund drei Jahren im Bereich Hausdienste tätig und sorgt dafür, dass zur Eröffnung des Kaufhauses alles blitzblank glänzt.

Den bisherigen Standort an der Bavariastraße musste das Geschäft aufgeben, weil der Mietvertrag ausgelaufen war und die Eigentümer ein Bauprojekt auf dem Grundstück planen. Doch der neue Ort ist ein guter Ersatz: Er ist mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar und am Hof gibt es Parkplätze. Auf einer Fläche von 800 Qua-

dratmetern, verteilt auf drei Stockwerke, bekommen die Kunden gebrauchte Haushaltsartikel zu günstigen Preisen. Ein Anzug mit Sakko und Hose kostet zum Beispiel zehn Euro, ein Wintermantel zwölf Euro und ein T-Shirt drei Euro. Für das grüne Sofa muss man 250 Euro bezahlen, für den Couchtisch dazu 35 Euro und für ein Sofa-Kissen drei Euro. Bei Büchern liegt der Preis zwischen 50 Cent und zwölf Euro.

„Die Nachfrage an günstigen Gebrauchtwaren in München ist hoch“, berichtet Stephanie Hong-Fichtinger. „Zu uns kommen Menschen mit geringem Budget, zum Beispiel Familien mit niedrigem Einkommen, Studenten, ältere Menschen...“ Aber auch viele Kunden, die Wert auf Nachhaltigkeit legen, kaufen gerne beim Weißen Raben ein. Denn wenn nicht mehr benötigte Produkte, die noch sehr gut in Schuss sind, weiterverwendet werden, dann spart das wertvolle Ressourcen und schützt die Umwelt. Die Waren stammen aus Spenden oder aus Haushaltsauflösungen, die der Weiße Rabe durchführt. Bei dem Umbau des Gebäudes war es der Einrichtung wichtig, alles barrierefrei zu gestalten. Deshalb gibt es einen Aufzug und in der Modeabteilung ist eine der Umkleidekabinen extra groß.

Das Gebrauchtwarenkaufhaus hat montags bis freitags von 10 bis 18 Uhr und samstags von 10 bis 15 Uhr geöffnet. **A. SCHMIDT, C. SCHURI**



Freut sich über den Neustart: die stellvertretende Leiterin des Weißen Raben, Stephanie Hong-Fichtinger. FOTO: ACHIM SCHMIDT



Landeshauptstadt München

Die Stadt informiert

Verantwortlich: Stefan Hauf, Presse- und Informationsamt, Rathaus, Telefon 2 33-9 26 00
Redaktion: Susanne Jürgensen; Internet: www.muenchen.de/rathaus

Dienstag, 4. Januar 2022



Im derzeit größten Baugebiet Münchens – in Freimham – entstehen nördlich der Bodenseestraße auf 190 Hektar insgesamt 10.400 Wohnungen. Auch die beiden städtischen Wohnbaugesellschaften GEWOFAG und GWG – Garanten für günstige Mieten – haben hier ihre Baufelder. Gebaut wird bis zum Jahr 2040 in mehreren Abschnitten. Foto: MGS, Jonas Nefzger

Maßnahmen für preisgedämpften und geförderten Wohnungsbau

Großer Einsatz für mehr Wohnungen

Rund 8.500 neue Wohneinheiten sollen jährlich in München fertiggestellt werden

Die Stadt unternimmt große Anstrengungen, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum für die Münchner*innen zur Verfügung zu stellen. Sie investiert hohe Summen und will jedes Jahr rund 8.500 neue Wohnungen fertigstellen, davon 2.000 im preisgedämpften und geförderten Wohnungsbau.

Die **Bauplätze** sind über die ganze Stadt verteilt. Das größte Baugebiet befindet sich in Freimham. Im nördlichen Teil entstehen langfristig 10.400 Wohnungen. Rund 5.500 Wohneinheiten (WE) werden in der ehemaligen Bayernkaserne gebaut. Am westlichen Rand des Riemer Parks bekommt die Messestadt Riem zusätzlich 2.500 WE. Weitere große Wohnbauprojekte befinden sich etwa an der Paul-Gerhardt-Allee (2.400 WE), im Lerchenauer Feld (1.600 WE), im Siemens Campus (1.370 WE) sowie im Kirschgelände und an der Friedrich-Creuzer-Straße (je 1.300 WE).

Um weitere Wohnbauflächen zu schaffen, müssen in der dicht besiedel-

ten Stadt auch neue Flächen für den Wohnungsbau aktiviert werden. So passt die Stadt wo nötig und möglich **Flächennutzungspläne** an. Durch drei Änderungsbeschlüsse hat der Stadtrat gerade den Bau weiterer Wohnungen ermöglicht. Für Gebiete in Pasing-Obermenzing, Feldmoching-Hasenbergl und Obergiesing-Fasangarten wurde der Flächennutzungsplan in Mischgebieten oder Allgemeine Wohngebiete geändert. Auch in Langwied soll ein Wohnquartier mit 950 Wohnungen entstehen. Die dafür erforderliche Änderung des Flächennutzungsplans ist ebenfalls auf den Weg gebracht.

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, kann die Stadt nun auch neue Wege gehen. Ermöglicht wird dies durch das Baulandmobilisierungsgesetz, mit dem der Bund das Instrument des **sektoralen Bebauungsplans** eingeführt hat. Er sieht feste Quoten für geförderten Wohnraum auch bei Neubauten in Innenstadtkartieren vor, für die bereits

Baurecht vorhanden ist. Die Stadt wendet den sektoralen Bebauungsplan erstmals für ein Grundstück in Obergiesing an und untersucht derzeit, welche weiteren Gebiete für das neue Instrument in Frage kommen.

Soziale Vorgaben

Mit dem **Konzeptionellen Mietwohnungsbauplan (KMB)** vergibt die Stadt ihre Flächen vergünstigt, um den Bau von preisgedämpften Mietwohnungen zu fördern. 60 Prozent müssen nach sozialen Kriterien belegt werden.

Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN): Das Grundmodell sieht vor, dass auf privaten Flächen 60 Prozent im geförderten und preisgebundenen Segment entstehen. Die Bindungsdauer für Mietwohnungen beträgt 40 Jahre. Private Akteure werden an den Infrastrukturkosten beteiligt.

Wohnungsbaugesellschaften GEWOFAG und GWG: Durchschnittsmieten unter 8 Euro

Garanten für preiswerten Wohnraum

Ein Garant für langfristig sichere Mieten sind die beiden städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOFAG und GWG München. Im Gegensatz zu anderen deutschen Städten und Ländern hat die Stadt ihre Wohnungsunternehmen nicht verkauft und verfügt damit über ein wichtiges Regulativ am Münchner Wohnungsmarkt.

Mit einem Wohnungsbestand von über 69.000 Wohnungen, davon mehr als 28.500 gefördert, stellen sie Wohnraum mit einer durchschnittlichen Miete unter acht Euro zur Verfügung.

Neben der Sanierung im Bestand schaffen die beiden kommunalen Gesellschaften stetig neuen Wohnraum. Zusammen haben sie im letzten Jahr 1.197 Wohnungen, davon 893 öffentlich gefördert, gebaut. In diesem Jahr plant die GEWOFAG 585 Wohneinheiten (506 öffentlich gefördert) fertigzustellen. Für weitere 307 Wohnungen, davon 231 gefördert, ist in diesem Jahr Baubeginn. Die GWG München stellt heuer insgesamt 855 Wohnungen (581 gefördert) an elf Baustellen fertig und beginnt mit dem Bau von 815 Wohnungen (600 gefördert).



Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften stellen bezahlbaren Wohnraum bereit – wie hier die GWG an der Karwendelstraße. Foto: Ingrid Scheffler

Oberbürgermeister Dieter Reiter bittet Bundesregierung um Unterstützung

Bestandswohnungen bezahlbar halten

Neben dem Neubau von bezahlbaren Wohnungen setzt die Stadt alle Mittel dafür ein, preiswerten Wohnraum zu erhalten. Ein Instrument sind die Erhaltungssatzungen, die gewachsene Bevölkerungsstrukturen bewahren und Gentrifizierung vermeiden sollen. In München gibt es derzeit 36 Erhaltungssatzungsgebiete, die rund 335.600 Münchner*innen in 192.000 Wohnungen schützen.

In diesen Gebieten hat die Stadt ein Vorkaufsrecht. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 9. November führt allerdings dazu, dass die Ausübung von diesen Vorkaufsrechten mit wenigen Ausnahmen kaum mehr möglich sein wird. Oberbürgermeister Dieter Reiter hat sich daher in einem

offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz und Bauministerin Klara Geywitz gewandt. Er bittet sie darum, sich persönlich dafür einzusetzen, dass die notwendigen gesetzlichen Änderungen im Baugesetzbuch so zeitnah wie möglich vorgenommen werden, um das Instrument des Vorkaufsrechts in Erhaltungssatzungsgebieten nachhaltig zu sichern und rechtssicher zu machen.

Eine neue und bestechend einfache Idee, Mieten langfristig bezahlbar zu halten, haben die Wissenschaftler*innen Katharina Enders, Arnt von Bodelschwing, Dr. Jochen Lang und Professor Dr. Dirk Lohr dem Oberbürgermeister im Rahmen seines Münchner Zukunftsdialogs vorgestellt: Privaten Vermieter*innen

soll bei ihren Bestandswohnungen die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Mieteinnahmen steuerfrei zu erhalten. Im Gegenzug erklären sie sich bereit, die Miete mindestens 15 Prozent unter dem nach dem örtlichen Mietspiegel berechneten Mietzins zu halten, ihre Wohnung also gegenüber dem Finanzamt als **Gemeinwohlwohnung** zu deklarieren.

„Die Autorinnen und Autoren haben mir Ihre Ideen vorgestellt, die mich als zusätzliche Möglichkeit, gerade in Großstädten wie München bezahlbaren Wohnraum zu erhalten, überzeugt haben“, so Reiter. In einem Schreiben hat er diese Idee der steuerlichen Anreize ebenfalls an die Berliner Regierungsparteien herangetragen.